

Forderungen des Paritätischen Landesverbands Brandenburg zu den Landtags- und Kommunalwahlen 2024

Einfache Sprache

Inhalt

Demokratie in Brandenburg sichern und stärken!2

Wenn wir eine starke Demokratie wollen, müssen wir allen Menschen zuhören und sie beteiligen. Deshalb müssen gemeinnützige Organisationen mitreden können, wenn die Verwaltung soziale Angebote für die Menschen plant. Und der Staat muss das Ehrenamt fördern.

Wachsende Armut bekämpfen - Soziale Gerechtigkeit unterstützen!2

Arme Menschen haben ein Recht auf staatliche, soziale Unterstützung. Soziale Angebote müssen erreichbar sein. Schwangere Frauen, Alleinerziehende und Menschen mit Schulden brauchen gute Beratung. Arme Kinder brauchen eine "Bildungskarte".

Teilhabe von Menschen mit Behinderung und Selbsthilfe stärken!4

Der Staat muss die Selbsthilfe besser fördern. Im ganzen Land Brandenburg müssen die gleichen Regeln für alle Menschen mit Behinderung gelten. Die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen müssen verbessert werden.

Integration von Anfang an!4

Nach Brandenburg kommen viele Menschen aus anderen Ländern. Diese Menschen bleiben lange oder für immer hier. Wir wollen alle gut miteinander leben. Deshalb müssen sich auch die Ämter auf diese Menschen einstellen und sie unterstützen.

Wir brauchen ein neues Kitagesetz in Brandenburg!5

Das jetzige Gesetz führt täglich zu Problemen zwischen Eltern, Kitas und Verwaltungen der Landkreise und Kommunen. Wir brauchen klare Regeln zur Bezahlung der Kita-Plätze und wer für die Bezahlung zuständig ist.

Fachkräfte und Personal gewinnen – soziale Infrastruktur sichern!6

Soziale Arbeit muss attraktiver werden, damit sich mehr Menschen für Berufe in der sozialen Arbeit entscheiden. Wir brauchen kostenfreie, praxisnahe Ausbildung, gute Arbeitsbedingungen in allen Feldern der sozialen Arbeit und bessere Bedingungen für "Quereinsteiger" und Quereinsteigerinnen

Pflege stärken. Gemeinsam Verantwortung übernehmen!7

Der „Pakt für Pflege“ muss fortgesetzt und erweitert werden. Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit verschiedener Organisationen und der Kommunen und eine ausreichende Finanzierung der Pflegekosten.

Demokratie in Brandenburg sichern und stärken!

Viele Menschen finden, dass die Gesellschaft nicht mehr übersichtlich ist. Sie glauben, dass die Politiker und Politikerinnen die Probleme der Menschen nicht mehr verstehen. Sie fühlen sich hilflos. Sie sind enttäuscht und wütend. Sie wollen, dass man ihnen zuhört. Sie wollen mitmachen und etwas tun, damit die Gesellschaft besser wird.

Wenn wir eine starke Demokratie wollen, müssen wir allen Menschen zuhören und sie beteiligen.

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Paritätischen Einrichtungen reden mit vielen Menschen. So können wir verstehen, was sie für ein gutes Leben brauchen. Wir helfen Menschen, sich selbst zu helfen. Und wir setzen uns für ihre Interessen ein, wenn sie es nicht können. Wir wollen nicht reicher werden, sondern wir wollen, dass die Menschen bekommen, was sie brauchen. Das nennt man auch gemeinnützig sein. Der Paritätische ist eine gemeinnützige Organisation.

Wir fordern:

- Es muss überall genug soziale Einrichtungen und Dienste geben. Gemeinnützige Organisationen müssen mitreden können, wenn die Verwaltung soziale Angebote für die Menschen plant. Sozialplanung muss mit uns stattfinden.
- Uns geht es um die Menschen, nicht um das Geld. Deshalb müssen gemeinnützigen Organisationen von der Verwaltung bevorzugt werden. Das sagen auch die Gesetze (Subsidiaritätsprinzip).

Der Staat muss die Menschen dabei unterstützen, sich selbst und anderen zu helfen. Deshalb **fordern wir:**

- Rentenpunkte für ehrenamtliche Tätigkeiten.
- Eine Ehrenamtskarte, mit der die Ehrenamtlichen kostenlos Bus und Bahn fahren können.
- Finanzielle „Belohnung“ in Höhe der Grundsicherung für Menschen, die in „Freiwilligendiensten“ arbeiten.
- Stellen für Menschen, die Ehrenamt organisieren und koordinieren, bezahlen.

Wachsende Armut bekämpfen - Soziale Gerechtigkeit unterstützen!

Preiserhöhungen und hohe Mieten führen dazu, dass immer mehr Menschen arm sind. Vor allem Menschen, die allein Kinder versorgen, kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund sind oft ärmer als andere.

Arme Menschen haben ein Recht auf staatliche, soziale Unterstützung. Daher **fordern wir**:

- **Finanzierung der „Tafel“**

Die „Tafel“ verteilt kostenlos Lebensmittel an arme Menschen. Das muss langfristig organisiert werden. Der Bundesverband der Tafeln fordert, dass in jeder Tafel mindestens eine Person jeden Tag bezahlt arbeiten sollte. Dafür brauchen die Tafeln Geld. Wir schließen uns dieser Forderung an.

- **Bildungskarte für Kinder und Jugendliche in Brandenburg**

Wir fordern die Einführung einer „Bildungskarte“ für Kinder und Jugendliche. Die „Bildungskarte“ ist eine Chipkarte, mit der arme Kinder und Jugendliche finanzielle Unterstützung erhalten. Zum Beispiel für Vereinsbeiträge, Kulturangebote und Nachhilfestunden. Auch das Mittagessen in Schule oder Hort ist für arme Kinder und Jugendliche mit dieser Karte kostenlos.

Arme Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf diese Unterstützung durch das „Bildungs- und Teilhabepaket“. Wenn sie eine Bildungskarte haben, können sie viel schneller Angebote wahrnehmen, weil sie nicht für jedes Angebot einen extra Antrag stellen müssen.

- **Soziale Angebote müssen erreichbar sein.**

Antragsformulare müssen in einfacher Sprache geschrieben sein.

Viele Menschen, besonders ältere Menschen, können mit digitalen Angeboten nicht umgehen. Deshalb müssen Behörden und Ämter auch wöchentliche Sprechstunden ohne Termin anbieten. Allgemeine soziale Beratung sollte an mehreren Orten angeboten werden, die gut erreichbar sind.

- **Schwangere Frauen brauchen Beratung**

Es ist wichtig, dass es gute Berater und Beraterinnen gibt, die Frauen bei Problemen in einer Schwangerschaft helfen. Seit dem 1.1.2022 gibt es ein neues Gesetz für **Schwangerschafts(konflikt)beratung**. Aber Brandenburg hat noch die alten Regelungen. Sie brauchen aktuelle Regelungen, die zusammen mit den Beratungsstellen entwickelt werden müssen. Außerdem brauchen sie mehr Geld.

- **Hilfe bei hohen Schulden**

Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen bieten Menschen Hilfe, wie sie aus den Schulden wieder herauskommen. Die Berater und Beraterinnen in den Schuldner- und Insolvenzberatungen brauchen für diese Arbeit juristisches Wissen und viel Feingefühl. Dafür müssen sie sich regelmäßig weiterbilden. Sie arbeiten noch nach alten Regelungen. Diese staatlichen Regeln („Handlungsempfehlungen“) müssen gemeinsam mit den Beratern und Beraterinnen verbessert und weiterentwickelt werden:

- Wenn die Löhne der Berater und Beraterinnen nicht erhöht werden, gibt es große Probleme neue Berater und Beraterinnen zu finden.
- Fortbildungen müssen bezahlt werden.
- Die Regeln für die Anerkennung als Berater oder Beraterin müssen angepasst werden.
- Eine gemeinsame Stelle sollte die Weiterentwicklung der Beratungsstellen koordinieren.

- **Hilfe für Alleinerziehende und Familien verbessern**

Die Politik sieht zu wenig, was Familien und Müttern oder Vätern, die ihre Kinder allein erziehen (Alleinerziehende), brauchen. Zum Beispiel sind zwei von fünf Alleinerziehenden arm. Organisationen, wie SHIA e.V., VAMV, Deutscher Familienverband LV Brandenburg e.V. helfen ihnen. Aber die Organisationen können nur einen Berater oder eine Beraterin pro Organisation bezahlen. Das ist zu wenig. So können sie nicht viele Alleinerziehende und Familien in ganz Brandenburg beraten. Dafür brauchen sie mehr Geld.

Teilhabe von Menschen mit Behinderung und Selbsthilfe stärken!

Wir fordern:

- **Selbsthilfe fördern!**

Beratungsstellen für Selbsthilfe (Kontaktstellen) haben den Überblick über Angebote für Menschen, die sich in Selbsthilfegruppen treffen wollen. Die Selbsthilfegruppen werden von den Kontaktstellen angeleitet und unterstützt. Gruppen und Kontaktstellen für Selbsthilfe müssen dauerhaft durch die Landesregierung gefördert werden.

Ärzte und andere medizinische und therapeutische Angebote müssen im ganzen Land Brandenburg barrierefrei erreichbar sein.

- **Das geltende Gesetz BTHG (Bundesteilhabegesetz) in Brandenburg umsetzen!**

Im ganzen Land Brandenburg müssen die gleichen Regeln für alle Menschen mit Behinderung gelten. Deshalb fordern wir, dass die Landesregierung und die Kommunen im ganzen Land Brandenburg regionale Angebote für gleiche Chancen zur Teilhabe schaffen und sicherstellen. Die Regelungen zum BTHG in Brandenburg müssen immer weiterentwickelt werden.

- **Dem Personalmangel begegnen!**

Die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen müssen verbessert werden.

Und es müssen weitere Berufsabschlüsse und Studienabschlüsse als Fachkräfte in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen anerkannt werden. Das erleichtert den Wechsel von Personen aus anderen Berufen in diese Arbeit und hilft, offene Stellen zu besetzen.

Integration von Anfang an!

Nach Brandenburg kommen viele Menschen aus anderen Ländern. Diese Menschen bleiben lange oder für immer hier. Wir wollen alle gut miteinander leben. Deshalb müssen sich auch die Ämter auf diese Menschen einstellen und sie unterstützen.

Wir fordern:

- **Sozialarbeit für Migranten und Migrantinnen und Flüchtlinge**

Menschen aus anderen Ländern müssen wissen, wie die Dinge in Deutschland funktionieren. Sie müssen eine Wohnung finden und eine Ausbildung oder eine Arbeit bekommen. Dabei helfen ihnen Beratungsstellen und Projekte. Die Landesregierung unterstützen diese Beratungsstellen und Projekte finanziell. Sie muss das auch weiterhin tun. Denn es werden immer weiter Menschen aus anderen Ländern nach Brandenburg kommen.

- **Übersetzen mit Video- und Telefon-Dolmetschen länger als bis 2024 finanzieren**

Die Landesregierung finanziert noch bis 31.12.2024 das Übersetzen mit Video- und Telefon-Dolmetschen. Das ist für die Menschen aus anderen Ländern und für Menschen, die helfen wollen, eine große Hilfe. Diese Dolmetscherdienste sollen weiterbestehen und alle sollen sie nutzen können.

- **Bessere Planung in den Landkreisen**

Es gibt zu wenige Kita-Plätze und Schulplätze. Es gibt zu wenige Wohnungen und Ärzte. Das muss sich für alle ändern. Landkreise und kreisfreie Städte müssen Sozialpläne machen und auch daran denken, dass immer auch Menschen aus anderen Ländern kommen. Sie müssen das bei ihrer Planung berücksichtigen.

- **Interkulturelle Öffnung muss mitgedacht und finanziell berücksichtigt werden.**

Alle sozialen Angebote, alle Unternehmen, Vereine, Behörden müssen Menschen aus anderen Ländern berücksichtigen. Sie müssen lernen, wie sie mit diesen Menschen umgehen und ihnen helfen können. Dafür brauchen sie finanzielle Hilfe.

Wir brauchen ein neues Kitagesetz in Brandenburg!

Jeder Mensch hat das Recht auf gleiche Chancen zur Verwirklichung seines Lebens. Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung der eigenen Persönlichkeit.

Dafür ist frühe Bildung die entscheidende Grundlage. Sie beeinflusst den gesamten weiteren Lebensweg. Und sie ist wichtig, damit alle die gleichen Chancen haben. Alle Kinder in Deutschland brauchen schon bis zum Schuleintritt gute Bildung, Erziehung und Betreuung. Dafür müssen die Kitas für alle Kinder verbessert werden. Das ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft.

Wir brauchen in Brandenburg dringend ein neues Kita-Gesetz. Das jetzige Gesetz führt täglich zu Problemen zwischen Eltern, Kitas und Verwaltungen der Landkreise und Kommunen. Wir brauchen klare Regeln zur Bezahlung der Kita-Plätze und wer für die Bezahlung zuständig ist. Im Moment sind die Kitas verunsichert und tragen ein hohes Risiko. Nur ein neues Gesetz kann diese Probleme lösen.

Die Landesregierung hatte eine Kita-Reform versprochen. Wir haben an dieser Reform zwei Jahre lang gearbeitet. Und wir sind nicht damit einverstanden, dass diese ganze Arbeit nun umsonst war und gestoppt wird.

Wir fordern alle demokratischen Parteien im Land Brandenburg auf, sich für ein neues Kitagesetz in Brandenburg einzusetzen! Es geht um alle Kinder in unserem Land! Wir brauchen jetzt ein gutes Brandenburgisches Kitagesetz für:

- **Das Recht der Kinder auf gute Bildung und Betreuung!**
- **Rechtssicherheit und Finanzierungssicherheit für Eltern und Kita!**

- **Klare Verantwortlichkeiten und Strukturen für die Finanzierung!**
- **Ausreichend Erzieher und Erzieherinnen einstellen!**
- **Gerechte Kitabeiträge!**
- **Eine gute Ausbildung von Erzieher und Erzieherinnen!**
- **Hortbetreuung auch für Kinder mit Behinderungen, ohne dass die Eltern mehr bezahlen müssen!**

»Link: <https://www.paritaet-brb.de/aktuelles/berichte/neuigkeitendetail/kita-kollaps-verhindern-wohlfahrtsverbaende-kaempfen-mit-eltern-fuer-gute-kitas-in-brandenburg>

Auch Kinder und Jugendliche mit Behinderungen müssen gut aufwachsen.

In der Verfassung von Brandenburg steht, dass alle Kinder und Jugendliche unter gleichen Bedingungen aufwachsen sollen. Das gilt auch für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. Sie brauchen aber besondere Hilfe. Dafür muss das zuständige Ministerium in Brandenburg sorgen. Für die Anpassung der Angebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen muss mehr Personal und Geld zur Verfügung stehen.

Fachkräfte und Personal gewinnen – soziale Infrastruktur sichern!

Schon heute gibt es zu wenig Fachkräfte im sozialen Bereich. Wenn es weiterhin zu wenig Personal gibt, müssen soziale Angebote geschlossen werden.

» Link: [Die Berufe mit den aktuell größten Fachkräftelücken - Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\) \(iwkoeln.de\)](#)

Soziale Arbeit muss attraktiver werden, damit sich mehr Menschen für Berufe in der sozialen Arbeit entscheiden.

Wir fordern:

- **Schuldenfrei aus der Ausbildung in die soziale Arbeit!**

Auszubildende in der sozialen Arbeit erhalten kein Ausbildungsgeld. Sie müssen für ihre Ausbildung zum Teil selbst bezahlen und machen dafür oft Schulden. Die soziale Arbeit ist dadurch gegenüber anderen Berufen im Nachteil. Daher **fordern wir**:

- Kostenfreie, praxisnahe Ausbildung, auch wenn die Ausbildung in einer Fachschule stattfindet!
- Attraktives und ausreichendes Ausbildungsgeld für alle!

- **Rahmenbedingungen für Quereinstieg und Nachqualifizierung schaffen!**

Weil es zu wenige Fachkräfte gibt, arbeiten in der sozialen Arbeit viele Menschen aus anderen Berufen. Für diese sogenannten Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen **braucht es**:

- Personal für die Anleitung während der Arbeit!
- Finanzielle Sicherung beim Berufswechsel in die soziale Arbeit. Jede und jeder muss es sich leisten können, in die soziale Arbeit zu wechseln!

- **Gute Arbeitsbedingungen in allen Feldern der sozialen Arbeit schaffen!**

Soziale Arbeit ist für viele junge Menschen interessant. Sie ist sinnvoll und abwechslungsreich. Soziale Arbeit bietet eine Möglichkeit, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen. Aber die Arbeit wird meistens schlecht bezahlt. Weil die Fachkräfte immer mehr aufschreiben müssen, was sie tun, bleibt immer weniger Zeit für die eigentliche Aufgabe: sich um die Menschen zu kümmern. Wir brauchen mehr Personal, das für die Betreuung der Menschen zur Verfügung steht, und extra Personal für Büroarbeit.

Wir fordern:

- Die Gehälter im öffentlichen Dienst müssen auch für die soziale Arbeit in Vereinen und Organisationen gelten. Dafür müssen die Gelder für das Personal in sozialen Einrichtungen entsprechend erhöht werden.
 - Der Personalschlüssel, also wie viele Menschen von einer Person betreut werden, muss überprüft und erhöht werden, zum Beispiel in Kinder- und Jugendeinrichtungen, in der Pflege und in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen.
- **Schule, Hochschule und soziale Organisationen müssen enger zusammenarbeiten.**

Die Zusammenarbeit der Schulen und Hochschulen mit gemeinnützigen sozialen Einrichtungen muss gefördert werden. **Wir fordern:**

- In der Schule müssen soziale Berufe vorgestellt werden.
- Die Inhalte der Ausbildungen in beruflichen Schulen und Hochschulen müssen sich mehr an der wirklichen Arbeitswelt orientieren.
- Viele Auszubildende haben Schulwissen verpasst. Sie brauchen zusätzliche Angebote, damit sie in der Berufsschule besser lernen können.
- Neue Ausbildungen, zum Beispiel „Sozialassistent“ müssen anerkannt und als Beruf klar beschrieben werden.
- Ausbildung muss überall möglich sein, auch in Beratungsstellen und bei ambulanten Hilfen zu Hause

Pflege stärken. Gemeinsam Verantwortung übernehmen!

Die Bevölkerung in Deutschland wird älter. Das bedeutet: Immer mehr Menschen gehen in Rente. Es bedeutet auch: Immer weniger Menschen arbeiten. Weil weniger Menschen arbeiten, sinken die Einnahmen bei den Steuern, in den Rentenkassen, den Krankenkassen und den Pflegekassen. Das Geld für Pflege wird knapper. Weil aber mehr Menschen älter werden, werden irgendwann auch mehr Menschen Pflege benötigen. Aber es gibt weniger Menschen, die pflegen können und auch weniger Geld. Wir brauchen gute Ideen und Lösungen.

Es kommen immer mehr Menschen aus dem Ausland und arbeiten in Pflegeeinrichtungen. Aber das allein reicht nicht. Deshalb gibt es in Brandenburg seit 2015 den „Pakt für Pflege“: Ein Vertrag zwischen Pflegeeinrichtungen, Pflegekassen und dem Brandenburger Gesundheitsministerium. Der

„Pakt für Pflege“ will erreichen, dass ältere Menschen möglichst lange in ihren Wohnungen bleiben können. Sie sollen dort gut gepflegt werden und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Dafür bekommen die Verwaltungen der Landkreise, Städte und Gemeinden Geld aus diesem „Pakt“. Außerdem fördert der „Pakt für Pflege“ viele Ideen, wie man durch gute Zusammenarbeit mit weniger Geld in der Pflege auskommen kann und es den Menschen trotzdem gut geht.

Wir fordern, dass der „Pakt für Pflege“ fortgesetzt und erweitert wird. Wichtig ist im „Pakt für Pflege“ die Zusammenarbeit verschiedener Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen und der Austausch von Erfahrungen.

Wir fordern:

- **Pflegeeinrichtungen sollten auch mit Organisationen zusammenarbeiten, die nichts mit Pflege zu tun haben.** Zum Beispiel könnten Pflegeeinrichtungen mit Kitas, mit Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen oder mit örtlichen Vereinen gemeinsam Projekte machen. Das fördert den Kontakt untereinander. Die Verwaltungen der Landkreise sollen aus dem „Pakt für Pflege“ für diese Zusammenarbeit Personal und andere Kosten bezahlen.
- **Es muss auch möglich sein, wenig Geld beim „Pakt für Pflege“ zu beantragen.** Dann können auch kleinere Kommunen mit dem Geld von „Pakt für Pflege“ Projekte durchführen.
- Pflegekräfte haben Familien. **Die Kommunen müssen attraktiver für Familien werden.** Dann sind sie auch attraktiver für Pflegekräfte. Dafür müssen die Verwaltungen der Landkreise und Gemeinden Gesamtkonzepte (Bauen, Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Kinderbetreuung) entwickeln. Der „Pakt für Pflege“ sollte sie dabei unterstützen.
- **Die Gründe, warum sich Fachkräfte nicht bewerben oder wieder aufhören, müssen beseitigt werden.** Zum Beispiel fahren auf dem Land weniger Busse und Bahnen. Deshalb haben Menschen dort oft Schwierigkeiten, zu ihrer Arbeit zu kommen. Für sie könnten Fahrdienste eingerichtet werden.

Die Kosten für die Pflege steigen. Diese Kosten werden den Pflegeeinrichtungen aber nicht ausreichend ersetzt und die Arbeitsbedingungen in der Pflege können sich nicht genügend verbessern. Deshalb sind Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Pflege häufiger krank. Sie arbeiten oft in Teilzeit. Viele kündigen und arbeiten dann in anderen Berufen. Weil es nicht genug Personal gibt, müssen Pflegeeinrichtungen schließen oder können keine neuen Menschen mehr aufnehmen. Wir befürchten deshalb, dass Menschen, die Pflege brauchen, in Zukunft zu wenig oder gar nicht mehr versorgt werden.

- Wir bitten den Landtag: Setzen Sie sich für eine ausreichende Finanzierung ein. Langfristig brauchen wir eine Pflegevollversicherung! Eine Pflegevollversicherung soll alle Pflegekosten bezahlen, egal ob zu Hause oder im Pflegeheim. Kein Mensch sollte Geldsorgen haben, weil er Pflege braucht.

Bis dahin brauchen wir eine ausreichende Finanzierung der Pflegekosten. Damit Pflegeeinrichtungen nicht geschlossen werden müssen. Und damit die Menschen, die gepflegt werden, menschenwürdig behandelt werden. Weder die gepflegten Menschen noch das Pflegepersonal darf unter Einsparungen leiden.